

Roberto Dutra Torres Junior

Das Primat funktionaler Differenzierung und die Kontingenz sozialer Ungleichheit

Gesellschaftliche Voraussetzungen für den
Begriff des sozialen Milieus?

Der Versuch, die Verbindung von Ungleichheitsanalyse und Gesellschaftstheorie wiederherzustellen, ist heutzutage zu einem der wichtigsten Schwerpunkte soziologischer Theoriebildung geworden und besonders stark von der Diskussion über den Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und funktionaler Differenzierung geprägt. Die Debatte dreht sich vor allem um den Stellenwert der beiden Begriffe innerhalb einer umfassenden Gesellschaftstheorie. Die Primatthese Luhmanns, nach der die funktionale Differenzierung die stratifizierte Differenzierung als primäre Differenzierungsform ersetzt hat, wird dabei häufig als Auflösung des Begriffes strukturierter sozialer Ungleichheit wahrgenommen. Der Beitrag vertritt zwei Thesen: Die erste These lautet, dass das Primat funktionaler Differenzierung als ein *gesellschaftliches Selbstverständlichwerden* dieser Differenzierungsform verstanden werden sollte, was keineswegs eine Bedeutungslosigkeit sozialer Ungleichheit für die soziale Ordnung impliziert. Die zweite These geht davon aus, dass das Primat funktionaler Differenzierung mit der Kontingenzsetzung sozialer Ungleichheit in ihrem Beitrag zur Herstellung sozialer Ordnung einhergeht. Bei sozialer Ungleichheit geht es um die Verteilung von ungleichen Kommunikationschancen durch die Konstruktion von sozialen Adressen (Sozialdimension), deren Kontingenz darin liegt, dass diese Konstruktion je nach Sozialsystem auch anders möglich ist. Dabei ist ebenso die Pluralisierung von verhaltensbezogenen Grundorientierungen – also der Gegenstand der Milieuforschung – ein Ergebnis der Kontingenzsetzung sozialer Ungleichheit. Vor dem Hintergrund der „Wiederentdeckung“ des Milieubegriffes in den 1980er Jahren als Reaktion auf die Unzulänglichkeit der älteren Schichtungs- und Klassentheorien zur Beschreibung sich pluralisierender Lebensstile, ist die Plausibilität der An-

wendung des Begriffes auf die Kontingenzsetzung von Strukturen sozialer Ungleichheit und auf das Primat funktionaler Differenzierung zurückzuführen.

Das Primat funktionaler Differenzierung

Die Primatthese Luhmanns wird häufig als Auflösung des Begriffes der strukturierten sozialen Ungleichheit wahrgenommen. Dies geschieht aus dem Verständnis heraus, das Primat bei Luhmann bedeute, dass „sekundäre Differenzierungsformen“ (Segmentierung, Stratifikation und Zentrum/Peripherie) aus der „primären Differenzierungsform“ abgeleitet werden sollten (Schwinn, 2007: 56; 133). Es wird angenommen, dass die Primatthese die Negation dieser „sekundären Differenzierungsformen“ als Strukturdimension eigener Art impliziert (für die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie siehe Neves 2006). Infolgedessen entstand die Behauptung, die Primatthese sei mit einer angemessenen Berücksichtigung strukturierter sozialer Ungleichheit inkompatibel (Schwinn 2007: 15) und mit ihr ginge eine „Ablösung der vertikal-hierarchischen Form der sozialen Ungleichheit in modernen Wohlstands- und Wohlfahrtsgesellschaften“ (Haller 1986: 180) einher.

Diese Kritiken lassen sich dadurch rechtfertigen, dass Luhmann den Primatbegriff und folglich das Verhältnis zwischen der primären und den sekundären Differenzierungsformen nicht klar definiert.

Von Primat einer Differenzierungsform [...] soll die Rede sein, wenn man feststellen kann, daß eine Form die Einsatzmöglichkeiten anderer reguliert. In diesem Sinne sind Adelsgesellschaften primär stratifikatorisch differenziert, aber sie behalten eine segmentäre Differenzierung in Haushalte bzw. Familien bei, um dem Adel Endogamie zu ermöglichen und Adelsfamilien von anderen Familien unterscheiden zu können. Bei funktionaler Differenzierung findet man auch heute noch Stratifikation in der Form von sozialen Klassen und auch noch Zentrum/Peripherie-Unterschiede, aber das sind jetzt Nebenprodukte der Eigendynamik der Funktionssysteme (Luhmann 1997a: 612).

Dass Stratifikation und Zentrum/Peripherie-Unterschiede mit der Eigendynamik von Funktionssystemen und mit der gegenseitigen Intransparenz zwischen ihren Operationsweisen in Zusammenhang stehen, scheint unbestritten zu sein. Fraglich bleibt jedoch, wie sich das Verhältnis zwischen diesen „sekundären Differenzierungsformen“ und funktionaler Differenzierung fassen lässt. Mit der Annahme, sie seien Nebenprodukte der Eigen-

dynamik der Funktionssysteme, wird mehr vom Begriff des Primats verlangt, als er leisten kann. Von solch einem anspruchsvollen Begriff des Primats ausgehend vertritt André Kieserling (2008: 16, Fn. 32) die These, dass funktionale Differenzierung mit einer Neutralisierung von Herkunftseffekten in der teilsystemischen Sachentscheidungen einhergeht. Ihm zufolge kann die soziale Herkunft einer Person zwar bezüglich der Rekrutierungsfrage für die Funktionssysteme relevant sein, nicht jedoch für ihre Sachentscheidungen bzw. für das Verhalten in funktionsspezifischen Rollen. Die Neutralisierung von teilsystemexternen Ungleichheiten wird als notwendige Bedingung für die operative Autonomie der verschiedenen Funktionssysteme und für das Primat funktionaler Differenzierung verstanden (Kieserling 2008: 17).

Wenn die Primatthese auf dieser Neutralisierung beruht, so ist sie allerdings von Anfang an widerlegt. Für die meisten Gesellschaftsbereiche wurde bereits ausreichend gezeigt, dass die Eigendynamik der Funktionssysteme externe Ungleichheiten nicht neutralisieren kann und dass der Zugang zu Positionen innerhalb eines Funktionssystems, in denen auch teilsystemspezifische Sachentscheidungen getroffen werden, nicht aus der funktionalen Differenzierung selbst ableitbar ist. Thomas Schwinn (2007: 11) hat diesen Einwand gegen die Primatthese Luhmanns überzeugend vorgebracht. Die Frage ist nun, ob die Regulierung der Einsatzmöglichkeiten von Schichtung durch die primäre funktionale Differenzierung etwas anderes bedeuten kann als die Ableitung sozialer Ungleichheit aus der Eigenlogik der Funktionssysteme, welche wiederum die Neutralisierung externer Ungleichheiten impliziert.

Meine These lautet, dass das Primat funktionaler Differenzierung weder eine Ableitung sozialer Ungleichheit aus der funktionalen Differenzierung voraussetzt, noch dass die Funktionssysteme externe Ungleichheit bzw. soziale Herkunft neutralisieren. Da aber die Rede vom Primat ohne eine Asymmetrie zwischen verschiedenen Differenzierungsformen nicht möglich ist, besteht mein Vorschlag darin, diese Asymmetrie auf einen Prozess der *Selbstverständlichung* der primären Differenzierungsform zurückzuführen. Gemeint ist hiermit, dass funktionale Differenzierung wesentlich die Umstellung gesellschaftlicher Systemdifferenzierung auf ein Primat sachlicher Bezugsprobleme (Sachdimension) (Bommers/Tacke 2006: 42) bedeutet, wobei sich die funktionale Differenzierung als nicht anders möglich, also als notwendig durchsetzt. Auf der anderen Seite wird die Konstruktion sozialer Adressen (Sozialdimension) und damit auch die Verteilung bzw. Zurechnung von Kommunikationschancen als auch anders möglich, also als kontingent wahrgenommen.

Notwendige Bedingung für den Übergang zu funktionaler Differenzierung ist also die Autonomisierung der Sinndimensionen. Dabei mündet die Autonomisierung *der Sachdimension in eine Entkopplung verschiedener*

funktionaler Bezugsprobleme sowohl voneinander wie auch von der Sozialdimension (Luhmann, 1984: 133ff.). Beim Primat funktionaler Differenzierung handelt es sich um einen Horizont sachlicher Bezugsprobleme (Sicherstellung künftiger Versorgung unter Bedingungen von Knappheit, Treffen von kollektiv bindenden Entscheidungen, organisatorische soziale Selektion bzw. Vorbereitung auf das spätere Leben, Sicherung normativer Erwartungen usw.), der alle möglichen Kommunikationen *in ihrer thematischen Hinsicht* umfasst (Nassehi 2004). Der Bezugspunkt der für den Primatbegriff konstitutiven Asymmetrie ist also eine Sinngrenze, an die alle gesellschaftsinternen Ordnungsvorstellungen stoßen und über die hinaus keine Ordnung mehr für möglich gehalten werden kann. Diese Sinngrenze bildet die unerreichbare Außengrenze des Gesellschaftssystems, das dementsprechend nicht als eine Entität, sondern nur als *der Horizont aller möglichen Kommunikationen* (Nassehi 2004: 102) definiert werden kann.¹ Mit dieser Definition des Gesellschaftsbegriffs wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass funktionale Systemdifferenzierung eine „selbstsubstitutive Ordnung“ (Luhmann 1997a: 158) darstellt, in der alle gesellschaftsinternen Vorstellungen von Strukturänderungen (auch jede Art von Gesellschaftskritik) auf eine Restrukturierung der jeweiligen Funktionserfüllung bzw. der gesellschaftlich institutionalisierten Zugänge zu den Lösungen differenzierter Bezugsprobleme hinweist, also auf die „Selbstsubstitution“ von Funktionssystemen, nicht auf deren Auflösung. So heißt es bei Luhmann (1992: 47f.):

Entsprechend fällt es schwer, sich unsere Gesellschaft ohne Staat, ohne Recht, ohne Geld, ohne Forschung, ohne Massenkommunikation vorzustellen. Funktionen mit dieser Reichweite begründen selbstsubstitutive Ordnungen. Und erst recht ist es schwierig, sich eine gesellschaftliche Ordnung ohne ausdifferenzierte Funktionssysteme vorzustellen, das heißt: für die Funktion funktionaler Differenzierung eine Alternative zu finden.

1 Hier greife ich auf den Definitionsvorschlag von Armin Nassehi zurück: „So kann sich eben keine Geldzahlung der Logik des Ökonomischen entziehen, wie sich Glauben immer „religiös“ vorfindet oder wie sich noch die ästhetische Dementierung der Kunst an der Kunst zu bewähren hat. Aber erreicht werden kann die *Struktur* dessen, was als Ökonomie, Religion oder Kunst einen kommunikativen Sog erzeugt, nicht. Man muss sich die funktional differenzierte Gesellschaft also als einen unerreichbaren Horizont von Kommunikationen vorstellen – wäre er erreichbar, er wäre kein Horizont –, *in dem* mit Hilfe symbolisch generalisierter Kommunikationsmedien Anschlusszusammenhänge höherer Wahrscheinlichkeit entstehen, die sich als Funktionssysteme dann schließen, wenn sie im Hinblick auf ihre Funktion nicht-substituierbar geworden sind“ (Nassehi 2004: 102).

Die Spezialisierung und die Monopolisierung von Bezugsproblemen werden dadurch erreicht, dass jedes Teilsystem sich bei der Erfüllung einer eigenen Funktion von seiner gesellschaftlichen Umwelt differenziert. Alle anderen Teilsysteme, die zur innergesellschaftlichen Umwelt gehören, werden hinsichtlich dieser Funktionserfüllung für nicht zuständig oder inkompetent gehalten (Luhmann 1997a: 746). Ferner geht funktionale Spezialisierung mit der Steigerung systeminterner Komplexität (Überschuss an Möglichkeiten der Relationierung der Elemente) einher, sodass sich jede Systemoperation durch eine selektive Relationierung, d.h. durch Reduktion von Komplexität vor dem Hintergrund anderer möglichen Relationierungen durchsetzt.

Diese Steigerung der zu reduzierenden internen Komplexität setzt voraus, dass die jeweiligen gesellschaftlichen Teilsysteme von einer zu punktuellen Kopplung mit ihren Umwelten (mit anderen Teilsystemen) befreit werden. Eine Entpunktualisierung von Zwischen-System-Beziehungen wird durch Einrichtungen erreicht, die Luhmann strukturelle Kopplungen (Luhmann 1997a: 759; 776ff.) nennt. Dabei geht es um ein selektives Verhältnis zu Irritationen der Umwelt. Der Verzicht auf Multifunktionalität und die Konstruktion struktureller Kopplungen ermöglichen es den Teilsystemen, eine Eigendynamik bzw. eigene Geschichten zu entwickeln und weiter fortzusetzen (Luhmann 1997a: 761; 768), welche sich auch in Eigenzeitlichkeiten und interne Differenzierungen bzw. Ungleichheiten begründet ist. Entscheidend ist, dass die Einwirkung externer Ungleichheiten auf die Operationen der Funktionssysteme nicht mehr unmittelbar erfolgen kann; sie wird stattdessen durch systemeigene Strukturen (Programme) mediatisiert, nicht aber neutralisiert. So haben beispielsweise reiche Menschen nicht unmittelbar aufgrund ihres Reichtums die Kompetenzen für die Besetzung von Positionen, in denen Entscheidungen über die Allokation der Codewerte des Wissenschaftssystems (wahr/unwahr) getroffen werden. Die Tatsache, dass es eine Reihe von schichtspezifischen Umwandlungsstrategien und Schließungsprozessen gibt, die über die Teilsysteme hinweg den Zugang zu verschiedenen Positionen, wie diejenigen des Unternehmers, des Professors, des Richters, des Politikers etc., zugunsten spezifischer Milieus verschließen, steht nicht im Widerspruch zu den Eigendynamiken der Funktionssysteme. Dies liegt darin begründet, dass Umwandlung und Schließung die systemeigenen Strukturen voraussetzen, statt sie zu ignorieren.

Die Entkopplung verschiedener funktionaler Bezugsprobleme kommt allerdings nur zum Abschluss, wenn sich die exklusive Zuständigkeit eines Funktionssystems durch eine teilsystemspezifische binäre Codierung von allen anderen funktionalen Kommunikationszusammenhängen unmittelbar differenzieren kann. Binäre Codes – wie Recht/Unrecht, Zahlung/Nichtzahlung, wahr/unwahr, Regierung/Opposition usw. – sind hoch abstrakte Schematismen, die gegeneinander differenziert sind und den Fortgang der

Autopoiesis von Funktionssystemen durch die exklusive Orientierung an der jeweiligen eigenen Differenz sichern. Es geht um die Projektion einer positiv/negativen Unterscheidung, mit deren Hilfe jede Operation, jede Bewertung als kontingent behandelt und in einem Gegenwert reflektiert wird. Die Funktionssysteme

beziehen jede Operation auf eine Unterscheidung zweier Werte – eben den binären Code – und stellen damit sicher, dass immer eine Anschlusskommunikation möglich ist, die zum Gegenwert übergehen kann (Luhmann 1997a: 749).

Es handelt sich um Zwei-Seiten-Formen, in deren Anwendungsbereich der Übergang von der einen zur anderen Seite – vom Wert zum Gegenwert – dadurch leichter gemacht wird, dass sie sich als Form von anderen Formen unterscheidet.

Ein System besteht immer in der Art und Weise, wie sich ein Kommunikationszusammenhang von anderen Kommunikationszusammenhängen unterscheidet und so eine Grenze zur Umwelt aufrechterhält. Die eigentliche Leistung des Codes besteht darin, den positiven und den negativen Wert so in ein zirkuläres Verhältnis zu bringen, dass in ihrem Kontingenzbereich alle Ereignisse ihren Anschlusswert nur Dank der Differenz zwischen den beiden Werten erhalten können. So wird der Code durch jegliche Operationen des Systems, sei es die Zuordnung des positiven oder des negativen Werts, laufend reproduziert. Daher werden die Operationen stets vor dem Hintergrund ihres Negativkorrelats als kontingent angesehen (Luhmann 1997a: 750). Aber anders als die Zuordnung des einzelnen Wertes kann der Code selbst für das System nie als kontingent gelten.

Allein die Differenz selbst gibt ihren beiden Seiten Halt, und dies deshalb, weil sie auf einen bestimmten Funktionskontext bezogen, weil sie mit ihm ausdifferenziert ist und für ihn notwendig zu sein scheint (Luhmann 1988: 209).

Der Code muss sich als eine invariable, notwendige Einrichtung bewähren (Luhmann 1997a: 771; Luhmann 1987: 184), ansonsten könnte das System nicht mehr existieren. Es geht hier nicht um Notwendigkeit im Sinne einer vorgegebenen Natur. Vielmehr handelt es sich um eine gleichsam „temporalisierte Notwendigkeit“, wobei die Einheit der Unterscheidung, die dem Code seine Form verleiht und in jeder seiner Operationen verwendet und reproduziert wird, in diesen Operationen nie als Einheit bezeichnet wird. Würde die Code-Differenz unter einem operationellen Gesichtspunkt als Einheit auftauchen, so wäre die Operation des Systems unmöglich. Dies

deshalb, weil die Einheit der Unterscheidung eine Paradoxie oder eine Tautologie darstellt, die, wenn als solche bezeichnet, die Operation blockiert. Die Operationen, die den Code verwenden, können ihn auf sich selbst nicht anwenden. In allen binär codierten Teilsystemen entsteht dieses Problem. Das Rechtssystem, das sich durch die Unterscheidung Recht/Unrecht ausdifferenziert, würde sich in einer paradoxen oder tautologischen Lage befinden, wenn in seinen Operationen die Frage gestellt würde, mit welchem Recht das System feststellt, wer Recht hat und wer nicht. Mit dieser Selbstanwendung würde die Einheit entweder in der Form einer Tautologie (Recht ist Recht) oder in der Form einer Paradoxie (man hat nicht das Recht, sein Recht zu behaupten) als etwas Unerträgliches erscheinen und jede Operation sabotieren. Die zirkuläre Selbstreferenz des Codes muss also irgendwie zeitlich asymmetrisiert und der Kurzschluss der Verweisungen innerhalb der Unterscheidung vermieden werden. Die Systemoperationen können sich an dem binären Code nur orientieren, wenn sie ihn als widersprechende Differenz und nicht als Einheit verwenden.

Damit wird erreicht, dass die Selbstreferenz sich entfalten lässt und nicht unmittelbar und kompakt als Einheit in Anspruch genommen werden muss (obwohl sie gleichsam dialektisch spielt, da jede Position sich selbst mit Bezug auf die Gegenposition identifiziert). (Luhmann 1986: 77).

Die Einheit der Gesellschaft und ihrer funktionalen Teilsysteme wird nur im Nachhinein der temporalisierten Operationen als operative Latenz, als Selbstplatzierung von ausdifferenzierten Wertungsschemen (Luhmann 1997a: 369), entfaltet, invisibilisiert und reproduziert.

Das Primat funktionaler Differenzierung liegt in eben dieser Fähigkeit zur Selbstvalidierung der Systemgrenzen, die die ausdifferenzierten Funktionssysteme davon entlasten, ihre jeweilige Code-Differenz begründen zu müssen. In dem Maße, in dem die Systemcodes ihre eigenen Paradoxien invisibilisieren, erscheinen sie den adressierten Perspektiven der Sozialdimension als etwas Selbstverständliches. Daher neigen Varietät und Vielfalt von Perspektiven, Interessen und Ansprüchen in der Sozialdimension dazu, die „Selbstverständlichkeit“ der Sachdimension zu reproduzieren.

Die Disjunktion von Recht und Unrecht ist – ähnlich wie in anderen Fällen gesellschaftlich bedeutsamer binärer Schematismen, etwa der zweiwertigen Logik oder der Differenz von Eigentum und Nichteigentum – in der Gesellschaftsstruktur so hoch und in solchem Maße kontextfrei abgesichert, dass sich kein Interesse gegen die Disjunktion mehr formieren und verständlich machen lässt, sondern allenfalls ein Interesse an Recht, an Wahrheit, an Eigentum (Luhmann 1981: 228).

Die Differenziertheit von Funktionssystemen, Codewerten und Bezugsproblemen wird in einem Ausmaß generalisiert, dass ihre Existenz als entkoppelt von jeder Strukturierung der Sozialdimension, von jeder Programmierung, von jeder lokalen Konditionierung erfahren wird. Die an Funktionen orientierte Systemordnung wird zu „einer auf Existenz reduzierten Gegenkontingenz“ (Luhmann 1984: 465). Das Primat funktionaler Differenzierung besagt in diesem Kontext, dass es in der modernen (Welt-) Gesellschaft Kommunikationsmöglichkeiten jenseits der Sinn Grenzen von Ungleichheitsstrukturen wie jenseits der Sinn Grenzen von segmentär differenzierten Sozialsystemen (wie beispielsweise Nationalstaaten) gibt, nicht aber jenseits der Sinn Grenzen funktionaler Differenzierung.

Die Kontingenz sozialer Ungleichheit

In primär stratifizierten Gesellschaften galt die Unterscheidung von oben und unten als ein selbstverständliches und notwendiges Differenzierungsprinzip. Das Primat der Schichtung zeigte sich darin, dass Ordnung in allen Gesellschaftsbereichen von der Superdetermination durch eine allumfassende stratifikatorische Differenzierung abhängig war. Ohne die jeweilige konkrete hierarchische Systemordnung, in der das oberste System mithilfe einer statischen, religiös-moralischen Legitimation politische Herrschaft über die unteren Schichten ausübte, konnte Ordnung nirgendwo für möglich gehalten werden:

Von Stratifikation wollen wir nur sprechen, wenn die Gesellschaft als Rangordnung repräsentiert wird und Ordnung ohne Rangdifferenzen unvorstellbar geworden ist (Luhmann 1997a: 679). [...]. Und ein Primat stratifikatorischer Differenzierung liegt nur vor, wenn andere Differenzierungsweisen (vor allem: die segmentäre Differenzierung der Familienhaushalte) sich an Stratifikation ausrichten (Luhmann 1997a: 685-686).

Dementsprechend ist die Umstellung gesellschaftlicher Systemdifferenzierung auf das Primat funktionaler Differenzierung nur dann möglich, wenn soziale Ordnung auch bei der Überschreitung der Sinn Grenze konkreter Schichtstrukturen hergestellt werden kann. Dies geschieht durch die Entwicklung (Ausdifferenzierung) teilsystemspezifischer Code-Differenzen von Ja und Nein (Haben/Nicht-haben, Recht/Unrecht usw.), die es den jeweiligen gesellschaftlichen Teilsystemen erlauben, Schichtstrukturen als kontingent, als änderbar zu behandeln, ohne eine „evolutionäre Katastrophe“ zu erfahren d.h., ohne dass ihre Existenz als Funktionssysteme bedroht wird.

Vom Primat funktionaler Differenzierung soll die Rede sein, wenn andere Differenzierungsweisen (vor allem: soziale Schichtung) nicht mehr als selbstverständlich rechtfertigbar sind, sondern sich an den Leitunterscheidungen der Funktionssysteme ausrichten, also wenn die Selbstverständlichkeit der funktionalen Differenzierung an die Stelle der Selbstverständlichkeit von Schichtung tritt.

Mit dem Umbau von Stratifikation auf funktionale Differenzierung wird zwar die Differenzierungsform der Gesellschaft geändert, keineswegs aber Schichtung beseitigt.[...] Geändert hat sich aber, dass dies nun nicht mehr die sichtbare Ordnung der Gesellschaft schlechthin ist, nicht mehr die Ordnung, ohne die überhaupt keine Ordnung möglich wäre. Daher verliert Schichtung ihre alternativenlose Legitimation und findet sich seit dem 18. Jahrhundert mit dem Postulat der Gleichheit aller Menschen konfrontiert, an dem sich Ungleichheiten zu messen und gegebenenfalls funktional zu rechtfertigen haben. Semantisch wird diese Umstellung registriert durch Übergang vom Schichtungs-begriff des Standes zum Schichtungs-begriff der sozialen Klasse, der deutlicher die bloße Willkür der Einteilung markiert (Luhmann 1997a: 772-773).

Wenn schon nicht die Beseitigung von Schichtung, so wird durch das Primat funktionaler Differenzierung doch zumindest die Möglichkeit geschaffen, dass die soziale Ordnung nicht mehr auf eine als einzig möglich wahrgenommene Struktur sozialer Ungleichheit angewiesen ist. Dies widerspricht der klassentheoretischen These, dass es sich bei der „Besonderheit der Moderne“ um den „Aufstieg der bürgerlichen Klasse“ (Luhmann 1980: 7) handelt. Was vielmehr die Besonderheit der modernen Gesellschaft in Bezug auf Schichtung ausmacht, ist eben die Tatsache, dass in der Moderne jede Ungleichheitsstruktur als kontingent beobachtet werden kann.

Die Kontingenz sozialer Ungleichheit zeigt sich auch auf der Ebene individueller Lebensläufe, die in der Moderne durch die Offenheit ihrer Zukunft definiert werden. Aufgrund der stärkeren Differenzierung zwischen dem Sozialisationskontext und dem Inklusionskontext (Luhmann 1989: 171; 220) wird die Herkunftsposition bestenfalls zu Sozialisationsvorteilen, deren Bedeutung für das Lebensschicksal in Abhängigkeit von kontingenten Ereignissen, vor allem von Entscheidungszusammenhängen in Organisationen steht. Die bloße Zugehörigkeit zu einer „adeligen“ Familie kann den Erwerb funktionspezifischer Kompetenzen und Ressourcen nicht ersetzen (Fire 2005; Luhmann 1997a: 711, Fn. 221). Geburt, häusliche Sozialisation und schichtmäßige Lage reichen nicht mehr aus, „um den Normalverlauf des Lebens erwartbar zu machen“ (Luhmann 1989: 232). So ist die Herkunft nur dadurch rekursiv, dass sie es den Individuen ermöglicht, sich

echtzeitlich auf die Besetzung von Positionen umzustellen, die erst mit der Sukzession von selektiven Ereignissen im Lebenslauf erreichbar werden. Es geht um eine temporalisierte und dynamische Steuerung von Karrieremöglichkeiten, deren Erfolg darin liegt, dass man auf Kontingenzen vorbereitet wird (Luhmann 1997a: 742).

Indem soziale Ungleichheit durch funktionale Differenzierung begründet und legitimiert werden muss, zeigt sich, dass Schichtung nicht mehr die primäre Differenzierungsform darstellt. Auch und gerade wenn teilsystemexterne Ungleichheiten auf die Operationen der Funktionssysteme einwirken, müssen sie als systeminterne Ungleichheiten beobachtet und beschrieben werden. Als verdeutlichendes Beispiel kann hier das Kunstsystem dienen: Die durch den distinktiven Geschmack entstehenden Ungleichheiten im Kunstsystem verbinden sich mit der extern bestehenden Ungleichheit der individuellen Möglichkeiten, einen solchen Geschmack zu erlernen in Klassifikationen, die aber gesellschaftlich im Kunstsystem verwurzelt gesehen und begründet werden und auf diese Weise den Herkunftseffekt invisibilisieren. (Bourdieu 1982). Diese im Primatbegriff implizierte Asymmetrie wird bei der Unmöglichkeit einer Umkehrung des Arguments deutlich: Die Operationen der Funktionssysteme können nicht auf externe Ungleichheiten begründet werden.

Soziale Ungleichheit und soziale Ordnung

Das Primat funktionaler Differenzierung bedeutet jedoch nicht, dass diese Differenzierungsform alle Ordnungsleistungen erbringt, die für die dynamische Reproduktion der modernen Gesellschaft unentbehrlich sind. Im Gegenteil: Indem Systemdifferenzierung auf die Sachdimension umgestellt wird, taucht die *Selektion von Personen* als ein spezielles Ordnungsproblem auf, das nicht allein durch funktionale Differenzierung zu lösen ist. Mit der Auflösung der ständischen Stratifikation entfällt der alte typenfeste Essentialismus, der die kommunikative Selektion von Personen in allen Bereichen durch Schichtzugehörigkeit unmittelbar regulierte. Als Ersatz entsteht im 19. Jahrhundert der Begriff der Population. Eine Population besteht aus der Varietät von Individuen (Luhmann 1997b: 25), die gerade durch ihre Unbestimmtheit, ihren Mangel an Typenfestigkeit und ihr Angewiesensein auf Erziehung bzw. auf Entwicklung individueller Inklusionsansprüche definiert werden. Diese Varietät von bildungs- und anspruchsfähigen Individuen ist, so Luhmann, ein Korrelat funktionaler Differenzierung. Denn das Individuum kann nur dann sozial operieren, wenn es in der Lage ist, bei der Konditionierbarkeit seines Verhaltens im Wechsel von Situation zu Situation dasselbe zu bleiben, durch die Verfolgung des eigenen Anspruches, des

eigenen Interesses usw. an funktionspezifischen Publika teilzunehmen und als „Träger“ eines Bedarfs an Funktionen die jeweiligen Teilsysteme zu reproduzieren.

Es handelt sich um ein Verhältnis zwischen der Selbstorganisation der Funktionssysteme und der Mikrodiversität ihrer Publika. Das jeweilige Publikum stellt auf der Ebene der Mikrodiversität einen Überschuss an operativen Möglichkeiten dar, die zur Ordnung auf der Ebene der Selbstorganisation nur dann beitragen können, wenn sie im System selbst gebändigt werden. Vieles spricht dafür, dass die Mechanismen, die den Überschuss an operativen Möglichkeiten zu reduzieren erlauben, sich nicht bloß auf die individualisierende Abstraktion von schichtmäßigen Unterschieden reduzieren lassen. Der Überschuss an operativen Möglichkeiten wird durch diese Abstraktion bzw. Kontingenzsetzung von Schichtung nicht reduziert, sondern gerade erzeugt. Um ihn reduzieren zu können, müssen sich die Funktionssysteme auf Asymmetrien bzw. Ungleichheiten einstellen, die die kommunikative Adressierung von Personen in der Sozialdimension strukturieren.

Dass strukturierte soziale Ungleichheit erzeugende Formen der Asymmetrisierung in der Sozialdimension unentbehrlich für die soziale Ordnung sind, lässt sich präziser bestimmen, wenn man die Differenz von Codierung und Programmierung in den Blickpunkt rückt. Zwar stellt die Codierung eines Funktionsbereiches eine für die Systemidentität konstitutive Bifurkation dar, aber der Code selbst enthält kein Kriterium der Selektion, das die Richtigkeitsbedingungen für die konkrete Zuschreibung der Codewerte definiert. Folglich kann der Code allein keine Systemoperation hervorbringen. Dafür sind Programme vonnöten. Diese legen Entscheidungsregeln fest, welche die Richtigkeit der Zuschreibung von Codewerten bestimmen. Es geht hierbei um die Wiedereinführung von einem durch den binären Code ausgeschlossenen dritten Wert in das System. Auch wenn das System seine eigenen Operationen nur an seinem eigenen Code orientiert – sonst könnte es nicht existieren –, muss es einen dritten Wert auf der Ebene der Programmierung eben deshalb zulassen, weil dieser Wert die Bedingungen für die Realisierbarkeit einer Operation angibt. Luhmann betont hierbei, dass solche Programme nur codespezifisch eingerichtet werden können, was wiederum bedeutet, dass die Allokation der Codewerte der unterschiedlichen Funktionssysteme keinen gemeinsamen Nenner finden kann. Hinzu kommt, dass Programme im Gegensatz zu den Systemcodes auf dem Bildschirm der Funktionssysteme als kontingent und variabel erscheinen (können). Das spricht gegen einen Begriff strukturierter sozialer Ungleichheit, der teilsystemspezifische Ungleichwertigkeiten von Positionen bzw. Personen auf eine einheitliche Sozialstruktur zurückführt.

Man kann jedoch vermuten, dass sich Programme auf zwei unterschied-

lichen Weisen mit sozialer Ungleichheit verbinden lassen. Zum einen muss die Kontingenz der Programmierung reduziert werden, da viele Programme nicht am selben Ort und gleichzeitig die Zuordnung der gleichen Codewerte steuern können. Die Programmierungsmöglichkeiten müssen irgendwie monopolisiert werden, was typischerweise durch Experten in Organisationssystemen erfolgt. Hier werden ausgeschlossene dritte Werte in den Anwendungsbereich eines binären Codes eingeführt, und zwar mit der Funktion, nicht über die Allokation von Werten, sondern eher über die Prämissen der Allokation von Werten zu entscheiden. Derartige dritte Werte sind beispielsweise das Prestige eines Wissenschaftlers, das ihm ermöglicht, eine Theorie als Programm einer wissenschaftlichen Disziplin durchzusetzen. Zum anderen erfordert jede Programmierung eine entsprechende Asymmetrisierung der Sozialdimension, um die Richtigkeit des Verhaltens bestimmen zu können. Damit das Verhalten mehrerer Personen im Hinblick auf die Richtigkeit der Zuordnung von Codewerten koordinierbar wird, müssen kommunikative Zurechnungspunkte (soziale Adressen) konstruiert werden. Diese Zurechnungspunkte dienen als Orientierung des Anschlussverhaltens, das zu einer programmierten Operation passt. Dabei kommt es darauf an, den Überschuss an operativen Möglichkeiten, der in der Sozialdimension erzeugt wird, weil keine Adressierung von Personen auf der Codierungsebene stattfindet, zu reduzieren.

Diese Reduktionsleistung zeigt sich exemplarisch an den funktionsspezifischen Publikumskonstruktionen. Sie schränken die operativen Möglichkeiten der Funktionssysteme ein. Wie Stäheli (2009) zeigt, ziehen die funktionsspezifischen Publikumskonstruktionen eine Grenze zwischen den möglichen Adressen, welche die Kompetenzen für eine Teilnahme an funktional spezialisierten Kommunikationsformen haben, und einem "Außen", das entweder als nicht inkludierbare Bedrohung für die Systemrationalität oder als Inklusionspotenzial, das die Erweiterung des Publikumsumfangs ermöglicht, wahrgenommen wird. Gerade weil diese Publikumskonstruktion nicht aus der funktionalen Differenzierungsform abgeleitet werden kann, sind Funktionssysteme darauf angewiesen, ihre Operationen durch (organisatorische) Programme strukturieren zu lassen, die die Handlungs- und Erlebensebenen der sozialen Personen festlegen. In seiner Analyse der Konstruktion des Finanzpublikums in den USA zeigt Stäheli (2009), dass solche Festlegungen umkämpfte Gegenstände innerhalb von Funktionssystemen sind. Die Kompetenzen, die für einen *berufenen Spekulanten* konstitutiv sind, unterliegen historischen Kontingenzen. Somit unterliegen auch die Programme dieses Systems historischen Kontingenzen, da Programme die Kompetenzen als Inklusions- und Richtigkeitskriterien von Systemoperationen anwenden. Der wichtigste Streitpunkt sind die möglichen Konsequenzen der Inklusion von Individuen, die sich nicht auf eigene Überlegungen, Kalkulationen und Mei-

nungen stützen, um Kauf- und Verkaufsentscheidungen zu treffen, sondern als Teil einer „emotional mass“ die Entscheidungen anderer Spekulanten imitieren (Stäheli 2009: 267).

Zwar wird damit die Individualität von Personen unterstellt. Jedoch müssen die Publikumskonstruktionen soweit als möglich von konkreten individuellen Besonderheiten abstrahieren, damit die Komplexität der menschlichen Umwelt auf dem Bildschirm sozialer Systeme als strukturierte Komplexität erscheint. Anders als die Zurechnung rein individueller Verhaltenserwartungen werden solche Publikumskonstruktionen nicht nur in der Zeitdimension, sondern auch in der Sozialdimension generalisiert. Diese Generalisierung erlaubt es sozialen Systemen, die Berücksichtigung konkreter individueller Besonderheiten durch die Orientierung an abstrakteren Individualitätsmustern zu ersetzen. Sie erreicht nicht das Strukturniveau von formalisierten Rollen, wohl aber das Niveau typisierter Publikumsrollenträger.

Der Zusammenhang zwischen Programmierung und Publikumskonstruktionen erfolgt vor allem über die Zurechnung von Wertpräferenzen auf Individuen, die sie zur legitimen Teilhabe an den Funktionssystemen befähigen. Darunter fallen auch die positiven Codewerte von Funktionssystemen und ihre entsprechenden Gebrauchsweisen. Soziale Systeme können Personen beispielsweise „Präferenzen für den Gewinn, für die Stabilisierung oder den Ausbau von politischer Macht, die Vermehrung von Eigentum (bzw. die Erwirtschaftung von Profit) oder die Entwicklung von neuen und als wahr anerkannten Theorien“ (Schneider 2011: 112) zuschreiben. Es handelt sich dabei um die Konstruktion sozialer Adressen, die den Publikumsumfang bestimmen und die konstitutiv für die Programmstrukturen der Gesellschaftsbereiche sind. Als „Komplex von Bedingungen der Richtigkeit (und das heißt: der sozialen Abnehmbarkeit) des Verhaltens“ (Luhmann 1984: 432), der die Zuordnung von Codewerten steuert, sind Programmstrukturen auf Asymmetrien angewiesen, die Handlungs- und Erlebensmöglichkeiten von Individuen einschränken. Programmierungsfragen lassen sich von Fragen der Personalselektion nicht trennen (Luhmann 2002: 397 ff.), sodass der Einfluss externer Ungleichheiten auf die Verteilung von teilsystemspezifischen Positionen nicht ohne Folgen für Entscheidungen über die Allokation der Leitwerte eines Funktionssystems bleibt.

Der Begriff des sozialen Milieus als Beobachtung der Kontingenz sozialer Ungleichheit

Die Wiederaufnahme des Milieubegriffs in der deutschen Ungleichheitssoziologie kann auch als eine semantische Reaktion auf Auswirkungen funktiona-

ler Differenzierung auf Ungleichheitsverhältnisse sowie auf ihre Verhaltensrelevanz verstanden werden. Soziale Milieus wurden zur Erklärung von Konsumverhalten, Wahlentscheidungen, Jugendproteste, Sozialisation von Kindern, Mediennutzung etc. ins Spiel gebracht. Die Vorstellung, dass eine eindeutige, durch die Berufsstellung definierte Ungleichheitsstruktur das menschliche Verhalten bestimmt, wird herausgefordert durch Beobachtungen, die eine Entkopplung des Verhaltens von dieser eindimensionalen Ungleichheitsstruktur in verschiedenen Gesellschaftsbereichen feststellen (Hradil 2006: 4; Hradil/Berger 1990: 12). Auch wenn die Stellung im Beruf noch immer der wichtigste Kopplungspunkt zu sein scheint, der die „Wahrscheinlichkeitskorridore“ für die Art und Weise, wie konsumiert, an der Politik, den Massenmedien und der Familie teilgenommen wird, bestimmt, gewinnt das konkrete Verhalten in den jeweiligen Funktionsbereichen einen Grad von Autonomie, dem nur ein multidimensionaler Ansatz gerecht werden kann. Der Übergang von einer „Knappheitsungleichheit“ zu einer „Reichtumsungleichheit“ (Hradil/Berger 1990) führte zu einer Lockerung des Verhältnisses von ökonomischen Positionszuweisungen und den Lebensstilen. Damit zusammenhängend wird auch die Funktionssystemreferenz spezifischer Einstellungen und Werte, die auf bestimmte soziale Erfahrungen Bezug nehmen und Milieus in Abgrenzung voneinander definieren sollen, offen gehalten. Ob die geteilten Einstellungen und Werte kunstbezogen, politikbezogen, religionsbezogen oder wirtschaftsbezogen sind, in welchem Maße und nach welchen Präferenzen, wird der empirischen Forschung überlassen.

In diesem Sinne erlaubt es der Milieubegriff, die Kontingenz sozialer Ungleichheit auf zwei unterschiedliche Weisen zu beobachten. Erstens kann gesehen werden, dass ökonomische Ungleichheiten in ihrer Wirkung auf die Art und Weise, wie Inklusionen in anderen Teilsystemen konkret stattfinden, auf Distanz gehalten werden können (auch wenn diese Möglichkeit selbst ungleich verteilt ist), sodass z.B. keine notwendige Interdependenz zwischen Berufsstellung und Wahlentscheidungen postuliert werden kann; zweitens nimmt man in den Blick, dass Milieus gesellschaftsinterne bzw. unterscheidungsabhängige Konstrukte eines Beobachters (Hradil/Berger 1990) sind, der überindividuelle Verhaltenserwartungen auf Individuen zurechnet, die sich auch anders verhalten können.

Dabei geht es nicht nur um die wissenschaftliche Zurechnung, sondern auch um andere soziale Systeme (Funktionssysteme, Organisationen, Interaktionen), die die Einzigartigkeit ichhafter Innenhorizonte durch Zurechnung überindividueller Verhaltenserwartungen ersetzen, sodass soziale Adressen auch in Form eines „generalisierten Anderen“ (Schneider 2011: 111), der brauchbare Vermutungen über die Verhaltenserwartungen auch von unbekannt Personen und somit die Generalisierung von Verhaltenserwartung auch in der Sozialdimension ermöglicht, geschaffen werden. Der Begriff des

sozialen Milieus bezieht sich auf solche Generalisierungsleistungen in der Sozialdimension. Denn es geht dem Milieubegriff um die Unterstellung von Konsens bzw. Dissens in Bezug auf Verhaltenserwartungen. Entscheidend ist, dass die Generalisierung solcher unterstellten Konsense nicht das Niveau von formalisierten Rollen erreicht, sondern das Niveau von typisierten Publikumsrollenträgern. Milieukonstruktionen sind kontingente Publikumskonstruktionen. Wenn Menschen Milieus zugeordnet werden, werden ihnen bestimmte Verhaltensmöglichkeiten attribuiert, die ganz spezifische Sachbezüge aufweisen. Sie werden auf funktional differenzierte Publika verteilt.

Neben den sozialen Systemreferenzen Funktionssystem, Interaktion und Organisation müssten auch psychische Systeme in Betracht gezogen werden. Denn diese leisten durch ihre eigenen Beobachtungen der sozialen Umwelt einen unentbehrlichen Beitrag zur Reproduktion von Milieus in ihrer Verhaltensrelevanz (Beer 2006: 17), indem sie sich an Milieubegrenzungen orientieren. Die Kontingenz der Milieukonstruktionen ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass sie mit den Operationen psychischer Systeme nicht identisch sind, auch wenn das individuelle Verhalten sie in sozialen Situationen bestätigen. Solche Konstruktionen ermöglichen keinen direkten Zugriff auf psychische Operationen. Stattdessen greifen soziale Systeme auf kommunizierte Selbsterwartungen von Personen zurück, um die Wirkungen von Kommunikation auf ihre psychische Umwelt zu beobachten. Es kann sein, dass sich Individuen aufgrund der Eigenaktivität ihrer psychischen Systeme von konkreten, von ihnen zugerechneten milieuspezifischen Verhaltenserwartungen distanzieren und dementsprechend Variationen erzeugen, die sich nicht in die „Milieulandkarten“ fügen.

Auch wenn die „Milieulandkarten“, mit denen etwa das *Sinus-Institut* durch die Verdichtung sozialer Merkmale und Grundorientierungen Erfolgswissen für die Aktualisierung der Verhaltensmöglichkeiten individueller Personen erzeugt und verschiedenen funktionalen Kontexten zur Verfügung stellt, den real aktualisierten Verhaltensweisen statistisch in einem ausreichenden Maße entsprechen, stellen die davon abweichenden Variationen weder soziale Anomalien noch soziologische Erkenntnisgrenzen dar: Sie weisen vielmehr auf den kontingenten Status eines Konstrukts hin, das auch dann kontingent bleibt, wenn es Erfolg hat.

Literatur

- Beer, Raphael (2006): „Der Beobachter im Milieu. Anmerkungen zum Verhältnis zwischen Bourdieu und Luhmann“. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 31 (2006), Heft 1, S. 3-23.
- Bommes, Michael/Tacke, Veronika (2006): „Das Allgemeine und das Besondere des

- Netzwerkes“. In: Hollstein, Betina/Strauss, Florian (Hg): Qualitative Netzwerkanalyse. Konzepte, Methoden, Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 3-23.
- Bourdieu, Pierre (1982): Die feinen Unterschiede. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frie, Ewald (2005): „Adel um 1800: Oben bleiben?“. In: Zeitenblicke (2005), Nr. 3.
- Hradil, Stefan/Berger, Peter (1990): „Die Modernisierung sozialer Ungleichheit und die neuen Konturen ihrer Erforschung“. In: Hradil, Stefan/Berger, Peter (Hg). Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. In: Soziale Welt Sonderband 7 (1990), S. 3-28.
- Hradil, Stefan (2006): „Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive“. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/45 (2006), S. 3-9.
- Haller, Max (1986): „Sozialstruktur und Schichtungshierarchie im Wohlfahrtsstaat. Zur Aktualität des vertikalen Paradigmas der Ungleichheitsforschung“. In: Zeitschrift für Soziologie 15 (1986) H. 3, S. 167-187.
- Kieserling, André (2008): „Felder und Klassen. Pierre Bourdieus Theorie der modernen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Soziologie 37 (2008) H. 1, S. 3-24.
- Luhmann, Niklas (1981): „Symbiotische Mechanismen“. In: Ders.: Soziologische Aufklärung 3. Opladen: Westdeutscher Verlag, S.228-244.
- Luhmann, Niklas (1984): Soziale Systeme: Grundriß einer allgemeiner Theorie. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1986): Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen? Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1987): „Codierung und Programmierung: Bildung und Selektion im Erziehungssystem“. In: Ders.: Soziologische Aufklärung 4. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 182-201.
- Luhmann, Niklas (1988): Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Luhmann, Niklas (1989): „Individuum, Individualität, Individualismus“. In: Ders.: Gesellschaftsstruktur und Semantik 3. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S.149-258.
- Luhmann, Niklas (1992): Beobachtung der Moderne. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luhmann, Niklas (1997a): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Band 1 & 2. Suhrkamp: Frankfurt a. M.
- Luhmann, Niklas (1997b): „Selbstorganisation und Mikrodiversität: Zur Wissenssoziologie des neuzeitlichen Individualismus“. In: Soziale Systeme 3 (1997) H.1, S. 23-32.
- Luhmann, Niklas (2002): Die Politik der Gesellschaft, hg. v. Kieserling, André. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2004): „Die Theorie funktionaler Differenzierung im Horizont ihrer Kritik“. In: Zeitschrift für Soziologie 33 (2004) H. 2, S.98-118.
- Neves, Marcelo (2006): „Die Staaten im Zentrum und die Staaten an der Peripherie. Einige Probleme mit Niklas Luhmanns Auffassung von den Staaten der Weltgesellschaft“. In: Soziale Systeme 12 (2006), H. 2, S. 247-273.
- Schwinn, Thomas (2007): Soziale Ungleichheit. Bielefeld: Transcript.
- Schneider, Wolfgang Ludwig (2011): „Akteure oder Personen/psychische Systeme?“. In: Lüdtke, Nico/Matsuzaki, Hironori (Hg.): Akteur – Individuum - Subjekt. Fragen zu „Personalität“ und „Sozialität“. Wiesbaden: VS Verlag, S. 107-115.
- Stäheli, Urs (2009): „Die Konstruktion des Finanzpublikums: eine genealogische Analyse“. In: Stichweh, Rudolf/Windolf, Paul (Hg): Inklusion und Exklusion: Analysen zur Sozialstruktur und sozialen Ungleichheit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 259-272.